

Postnormale Wissenschaft: Klimawissenschaft und „Erneuerbare“ um die Welt zu ändern!

geschrieben von Kirstein | 26. Februar 2011

Vortrag über die Postnormale Wissenschaft und ihre Anwender, Untersützer und Nutznießer gehalten von Prof. Werner Kirstein am 4.12.10 in Berlin.

Sehen & hören Sie hier den Vortrag von Prof. Kirstein zur Postnormalen Wissenschaft.

Dazu passend die Pressemitteilung des WBGU

Wir berichteten schon des öfteren über die Pläne die "postnormale" Wissenschaft zu nutzen um die Gesellschaft mit "wissenschaftlicher" Autorität zu ändern, (hier und hier) sowie über die wirklichen Absichten dahinter. Die hat z.B. Otmar Edenhofer, ehemaliger Jesuit, jetzt Chefvolkswirt des PIK und stellvertretender Vorsitzender des IPCC in einem NZZ [2] (Neue Zürcher Zeitung) Interview ganz deutlich erklärt. Er enthüllte

darin, was von seiten der UNO und der sie unterstützenden Kreise eigentlich angestrebt wird:

„Zunächst mal haben wir Industrieländer die Atmosphäre der Weltgemeinschaft quasi enteignet. Aber man muss klar sagen: Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um. Dass die Besitzer von Kohle und Öl davon nicht begeistert sind, liegt auf der Hand. Man muss sich von der Illusion freimachen, dass internationale Klimapolitik Umweltpolitik ist. Das hat mit Umweltpolitik, mit Problemen wie Waldsterben oder Ozonloch, fast nichts mehr zu tun.“

Passend dazu erscheint demnächst ein neues "Gutachten"

**des wissenschaftlichen Beirat der
Bundesregierung für globale
Umweltveränderungen (wbgu). In
einer P R E S S E E R K L Ä R U N G
zum**

EU-Energiegipfel am 4. Februar

erklärt dieser:

**Energiewende in der
Europäischen UNION vorantreiben
Berlin, den 2. Februar 2011.**

**Anlässlich des am 4. Februar in
Brüssel stattfindenden EU-
Gipfels über die zukünftige
europäische Energiestrategie
plädiert der Wissenschaftliche
Beirat der Bundesregierung
Globale Umweltveränderungen
(WBGU) für eine beschleunigte**

Harmonisierung der Energiepolitiken in den EU-Staaten. Ziel sollte die Dekarbonisierung der europäischen Energiesysteme bis Mitte des Jahrhunderts sein. Dafür empfiehlt der WBGU die Implementierung einer umfassenden Strategie zur massiven Steigerung der Energieeffizienz, eine konsequente Förderung erneuerbarer Energien sowie den koordinierten, raschen Ausbau der Netzinfrastruktur für Strom und Gas und den Aufbau von Speicherkapazitäten. Für diese Elemente sollten jeweils ambitionierte mittelfristige Ziele vereinbart werden. Damit würden Klimaschutz und Energiesicherheit gleichermaßen gefördert. Die heute noch kontrovers diskutierte

**gemeinsame Energiepolitik
könnte in den kommenden Dekaden
zu dem zentralen europäischen
Leuchtturmprojekt werden.
Förderung erneuerbarer Energien
schrittweise harmonisieren Eine
EU-weit einheitliche,
ambitionierte
Einspeisevergütung würde den
Aufbau einer klimaverträglichen
europäischen Energieerzeugung
beschleunigen und wäre der
kostengünstigste Weg für ein
dekarbonisiertes Energiesystem
mit möglichst hohen Anteilen
erneuerbarer Energien. Sie ist
allerdings frühestens binnen
einer Dekade sinnvoll, weil
zuvor die notwendige
Netzinfrastuktur geschaffen
werden muss. Bisher existieren
Einspeisevergütungen bzw. -
prämien in 21 Mitgliedstaaten
der EU. Die Mitgliedstaaten der**

EU sollten jetzt verbindlich festlegen, dass in den nächsten Jahren in allen Staaten der EU Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien eingeführt und existierende Fördersysteme schrittweise angeglichen werden. Dies würde bereits jetzt die Gefahr eines zu starken Ausbaus an weniger geeigneten Standorten und damit die Kosten senken sowie den Ausbau an Gunststandorten beschleunigen. Die EU sollte ihre kontinentweiten erneuerbaren Energiepotenziale bündeln: Windenergie von der Nord- und Ostsee, Biomasse aus Osteuropa, Sonnenenergie aus Südeuropa und Systemwissen zum Ausbau transeuropäischer Netze aus Deutschland und anderen technologiestarken Ländern. Mittelfristig sollte ein

**einheitliches Fördersystem
eingeführt werden, das Energie-
und Kosteneffizienz miteinander
verbindet. Netzausbau
vorantreiben Der WBGU warnt
allerdings vor der Einführung
einer sofortigen europaweit
einheitlichen
Einspeisevergütung. Solange die
grenzüberschreitenden
Infrastrukturen zum Transport
von Strom aus erneuerbaren
Quellen nicht vorhanden sind,
droht die Gefahr, dass an
Gunststandorten Strom
produziert wird, der nicht zum
Verbraucher transportiert
werden kann. In Regionen mit
weniger günstigen Bedingungen
würde der Ausbau erneuerbarer
Energien gebremst und ein
Ausweichen auf weniger
nachhaltige Energieformen
wahrscheinlich. Zwingende**

Voraussetzung für eine unionsrechtliche Harmonisierung der Einspeisevergütung ist daher der beschleunigte Ausbau der Netze. Die EU sollte durch den koordinierten Netzausbau die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine nahezu vollständige Versorgung Europas mit erneuerbaren Energien bis Mitte des Jahrhunderts möglich wird. Dafür bedarf es der entsprechenden Gesetzgebungskompetenz der EU. Die Europäisierung der Einspeisevergütung sollte im Einklang mit dem Netzausbau schrittweise erfolgen. Insbesondere sollte keine Phase der Investitionsunsicherheit entstehen, die den Ausbau der erneuerbaren Energien insgesamt bremsen würde. Unbedingt erhalten bleiben sollten

wichtige Elemente aus dem deutschen EEG, wie der Vorrang der Einspeisung für Strom aus erneuerbaren Energieträgern sowie die Fördergarantie für einzelne Anlagen über einen bestimmten Zeitraum. Die Förderhöhe für Neuanlagen sollte dynamisch angepasst werden, so dass die angestrebten Ausbauraten erreicht werden können, aber keine Überförderung an Gunststandorten erfolgt. Nationale industriepolitische Interessen überwinden Angesichts der Herausforderungen des Klimawandels, einer zunehmenden Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger sowie steigenden Energiepreisen ist die Energiewende in der EU dringend erforderlich. Ziele

**der Europäisierung der
Energiepolitik sollten der
optimierte Zubau von
erneuerbaren Energien, die
Ausschöpfung von
Innovationspotenzialen und
möglichst kostengünstige
Lösungen sein. Eine gemeinsame
europäische Energiepolitik
hätte zudem eine enorme
Symbolwirkung und würde die
politische Kraft Europas zum
gemeinsamen Handeln in
zentralen Zukunftsfeldern
unterstreichen, die
Wettbewerbsfähigkeit der Union
stärken und Ausstrahlungskraft
auf die Weltwirtschaft
entfalten. Es ist daran zu
erinnern, dass die Europäische
Union einmal als Europäische
Gemeinschaft für Kohle und
Stahl oder Montanunion auf der
Grundlage fossiler Energien**

Gestalt angenommen und politische Identität begründet hat. Heute können energie- und industriepolitische Initiativen im Bereich der erneuerbaren Energien ähnliche Impulse für die Vertiefung der Europäischen Union und ihren Einfluss in Weltwirtschaft und Weltpolitik setzen. Diesen übergeordneten Zielen sind kurzfristige nationale industriepolitische Interessen unterzuordnen. Der WBGU geht davon aus, dass die erneuerbaren Energien wie Solarthermie, Photovoltaik, Wind und Biomasse ab dem Erreichen einer weltweiten Kapazität von etwa 5.000 TWh für jede einzelne dieser Energiequellen auch ohne Förderung wettbewerbsfähig werden, so dass das EU-Fördersystem langfristig

auslaufen kann. Einbezug Nordafrikas prüfen Der WBGU empfiehlt, mittelfristig auch die internationale Kooperation über die Grenzen der Europäischen Union hinaus auszuweiten. Dazu sollten Optionen zur Einbindung Nordafrikas in ein System europäischer Einspeisetarife geprüft werden. Dadurch könnten zusätzliche Potenziale, insbesondere Solar- und Windeenergie, erschlossen und die Energiewende in den Maghreb-Staaten gefördert werden. Voraussetzung für den Einbezug Nordafrikas wäre jedoch ein transkontinentales Hochleistungsnetz, das voraussichtlich nicht vor 2030 realisierbar sein wird. Um auch die 500 Millionen Menschen in Afrika südlich der Sahara zu

versorgen, die derzeit keinen Zugang zu Strom haben, ist zusätzlich der Aufbau eines transafrikanischen Netzes notwendig. Neues Gutachten Am 22. März wird der WBGU sein neues Gutachten „Transformation zur klimaverträglichen Gesellschaft“ an die deutsche Bundesregierung übergeben. Es zeigt, wie die globale Transformation zur klimaverträglichen Gesellschaft gelingen kann. Der WBGU Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) wurde 1992 im Vorfeld der Rio-Konferenz von der Bundesregierung als unabhängiges wissenschaftliches Beratergremium eingerichtet. Seine Aufgaben sind, globale Umwelt- und

Entwicklungsprobleme zu analysieren, nationale und internationale Forschung auf dem Gebiet des Globalen Wandels auszuwerten, im Sinne von Frühwarnung auf neue Problemfelder hinzuweisen, Forschungsdefizite aufzuzeigen, Impulse für die Wissenschaft zu geben sowie Handlungs- und Forschungsempfehlungen zu erarbeiten. Vorsitzender des WBGU ist Hans Joachim Schellnhuber. Rückfragen bitte an: WBGU-Geschäftsstelle: 030-263948-0 oder wbgu@wbgu.de.

**Als
willige Vollstreckerin
hilft mal mal wieder die**

evangelische Kirche,

die mit der Ev. Akademie Tutzing zu einem -von (zum großen Teil steuerfinanzierten) Umweltorganisationen viel beworbenen Seminar über die "Große Transformation" einlädt (Akademie-Direktor Dr. Friedemann Greiner E-Mail: greiner@ev-akademie-tutzing.de ; Veranstaltungsleiter Dr. Martin Held E-Mail: held@ev-akademie-tutzing.de): Eine Aufforderung von EIKE diese offensichtliche Indoktrination zu unterlassen, oder wenigstens die Teilnehmer auch von dritter Seite neutral informieren zu lassen, lehnte Veranstaltungsleiter Dr. Held in einem Telefonat mit EIKE (am 21.2.11) brüsk ab. Geworben wird für diese Veranstaltung:

**Grosse
Transformation
zu einer
klimaverträglic
hen Gesellschaft:
t:**

Die

**Herausford
erung
für die
Umsetzung
meistern**

**Die
Transformation
zur**

**klimaverträglich
hen
Gesellschaft
ist
dringend notwen
dig, denn ein
ungebremster Kl
imawandel würde
gefährliche, ir
reversible und
kaum
beherrschbare**

**Risiken mit
sich
bringen. Um
den globalen
Temperaturansti-
eg auf 2°C
gegenüber dem
vorindustrielle
n Niveau zu
begrenzen, muss
das auf
fossiler**

**Energienutzung
basierende Wirtschaftssystem
bis Mitte des
Jahrhunderts
weitgehend auf
eine low-carbon
economy
umgestellt
sein.**

**Das könnte auf
den ersten
Blick den
Eindruck
erwecken, dass
dies noch in
weiter Zukunft
liegen würde.
Tatsächlich
müssen jedoch
dafür
die Weichen in**

**den nächsten
Jahren gestellt
werden, soll
die
Herausforderung
gemeistert
werden. Das
zeigt das
aktuelle
Gutachten des
WBGU, das
am 22. März**

**2011 erscheint.
Auf der Tagung
wird
diskutiert, wie
die Umsetzung
dieser
„großen Transfo
rmation“ (Karl
Polanyi) durch
Politik,
Wirtschaft und
Gesellschaft ge**

**lingen kann und
wie man für die
Pioniere des
Wandels
Freiräume schaf
fen und
erweitern kann.
Herzliche
Einladung nach
Tutzing zu
einem
spannenden**

**Dialog
zum Zukunftsthe
ma des 21.
Jahrhunderts.
Dr. Friedemann
Greiner,
Direktor
Evangelische
Akademie
Tutzing
Prof. Dr. Hans
Joachim**

**Schellnhuber,
Vorsitzender
Wissenschaftlic
her
Beirat der
Bundesregierung
Globale
Umweltveränderu
ngen
(WBGU), Potsdam**

**Beschleunigung
der
Transformation
zu
einer klimave
rträglichen
Gesellschaft:
Die nächsten
Schritte**

Podiumsdiskussion mit

Ministerin

Tanja Gönner

Bärbel Höhn MdB

Fred Jung

Prof. Dr. Hans

Joachim

Schellnhuber

**Das
Anmeldeformular
finden sie als
pdf im Anhang.
Oder hier
online**

Related Files

- grosse_transfo
rmation_9_k_1-**

pdf